

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Er erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Verleger: Verlagsanstalt R. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2456. — Stadtdirektion Dresden Nr. 140.



Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile ober deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile ober deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einbezug 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Belage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Oberregierungsrat Hans Bied in Dresden.

Nr. 3

Dresden, Sonnabend, 4. Januar

1930

Die Neugliederung der Reichsmarine.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht eine Mitteilung des Reichswehrministeriums in der es heißt: Mit dem 1. Januar 1930 ist der Vizeadmiral Oldt, Flottenchef zugleich Führer der Flotteninspektion, von der Stellung als Führer der Flotteninspektion entbunden der Vizeadmiral Franz, Befehlshaber der Seeleitkräfte der Nordsee, zugleich zweiter Admiral der Flotteninspektion, zum Befehlshaber der Flotteninspektion, zum Befehlshaber der Flotteninspektion, und der Konteradmiral Labisch, Befehlshaber der Seeleitkräfte der Ostsee, zugleich des Verbandes der Aufstellungsstellenkräfte, zum Befehlshaber der Aufstellungsstellenkräfte ernannt worden.

Hauszinssteuerhypotheken für Wohnungsbauten.

Wie der Amtsliche Preussische Pressedienst mitteilt, haben die zuständigen Minister jetzt die neuen Grundzüge festgelegt. Die neue Regelung von Hauszinssteuerhypotheken für Wohnungsbauten, die im Jahre 1930 errichtet werden sollen. Die Grundzüge schließen sich in der Hauptsache den vorjährigen Richtlinien an. Neu ist vor allem die Bestimmung, daß am 1. April 1930 die Lösung derjenigen Hauszinssteuerhypotheken zu beizugehen hat, die im Baujahr 1924 bewilligt und bis einschließlich 1. April 1926 völlig zur Auszahlung gelangt sind. Für die nach dem 1. April 1926 aufgeführten Hauszinssteuerhypotheken ist von einer Lösung für die ersten 5 Jahre von dem auf die Auszahlung der Schuldquote folgenden 1. April und 1. Oktober eines Jahres abzugehen. Weiterhin bestimmen die neuen Richtlinien, daß eine Herabsetzung des Zinssatzes für die Hauszinssteuerhypothek von 3 Prozent bis auf 1 Prozent hinfort nur noch zulässig sein soll, wenn sich aus der Veranlassung des Neubaus eine Miete ergibt, die 150 Prozent der Mietmiete für entsprechende Altmietungen übersteigt.

Ausbau der Angestellten-Versicherung.

Der Reichstag ist ein Gesetzentwurf zum Ausbau der Angestelltenversicherung zugegangen. Bei den vorgeschlagenen Änderungen handelt es sich hauptsächlich um den Ausbau der Selbstverwaltung, dann um einen Ausbau der Versicherungssummen und schließlich um einige Änderungen verschiedener Art. Beim Ausbau der Versicherungssummen handelt es sich hauptsächlich um eine Bestimmung, wonach im Falle der Scheidung eine Witwenrente für die frühere Ehefrau des Versicherten, so lange Bedürftigkeit besteht, gewährt werden soll. Ferner sind für die Eltern und Großeltern eine Rente vorgeschlagen, wenn sie vom Versicherten überwiegend aus seinem Arbeitsverdienst unterhalten werden und bedürftig sind. Schließlich wird bestimmt, daß eines weiblichen Versicherten, die beiratet, ein Anspruch auf Erstattung der halben Beiträge besteht. Damit wird die bisherige Verwaltungsweise zum Weib erhoben.

Noch kein Zwangsbeitrag gegen kommunale Ausgaben ohne Deckung.

In einer kleinen Anfrage im Preussischen Landtag fragt der Abg. Rabe (Katz.) ob ein Gesetz des preussischen Innenministeriums herausgekommen ist, der den Gemeinden unterliegt, Ausgaben ohne Deckung vorzunehmen und den zur Widerhandlung der Bürgermeistern Disziplinarstrafen androht. Wie das Nachrichtenbüro des B.D.J. hierzu von zuständigen Stelle hört, besteht bisher noch kein ausdrücklicher Zwangsbeitrag in der Richtung eines Verbotes ungedeckter Ausgaben durch Kommunen und erst recht nicht eine Bedrohung der Leiter der Kommunen mit dem Disziplinarverfahren aus einem solchen Verstoß. Tadeln wird darauf hingewiesen, daß der preussische Innenminister verschiedentlich im abgelaufenen Jahr durch die für die kommunale Aufsicht zuständigen Regierungspräsidenten den Gemeinden dringend empfohlen hat, von Ausgaben ohne Deckung Abstand zu nehmen. In der Regel hat ein kommunales Stat., der mit einem ungedeckten Defizit abschließt, keine Aussicht auf Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

Die Eröffnungssitzung im Haag.

Eine Würdigung Strefemanns.

Haag, 3. Januar.
Wenige Minuten nach 5 Uhr eröffnete Jajpar die Sitzung mit einer kurzen Ansprache in der er zunächst der Königin und dem holländischen Volke für die Gastfreundschaft dankte. Dann erklärte er die zweite Tagung der Konferenz für eröffnet und gebot in warmen Worten des verstorbenen Außenministers Dr. Strefemann. Er führte u. a. aus:
Wir neigen uns bewegt vor dem Andenken dieses Großen. Dr. Strefemann hat sich seit mehreren Jahren in den Diensten des Friedens und der Völkerverständigung gestellt. An dieser Stelle haben wir ihn im vorläufigen Anruf im Verlauf unserer arbeitsreichen Tagung von dem gleichen Tätigkeitsbestreben durchdrungen gesehen, an der Arbeit, so viel wie möglich zur Schaffung der Friedensbedingungen und der Verwirklichung des Youngplans beizutragen. Er hatte selbst in den Stunden, wo die Krankheit ihn zu übermannen suchte, keine Rede, keine Hoffnungen, keine Gedanken über alles neben dem untrüben Bewußtsein, um den Erfolg zu erstreben. Wir neigen uns in Verehrung vor dem Grabe Dr. Strefemanns.
Jajpar beehrte dann die anwesenden Minister, wobei er Tardieu wegen seiner „Optimismus, der eine der sichersten Grundlagen des Erfolges ist“, lobte; er fand Worte des Willkommen für die neu erschienenen deutschen Minister Prof. Weidenhaner und Schmidt, und für die zum erstenmal anwesenden Bundeskanzler Schröder, Graf Bethlen und Barosi. Er erwähnte die Schwierigkeiten, die sich während der ersten Konferenz gezeigt hatten und die erfolgreichen Bemühungen zu ihrer Behebung während der Konferenz selbst und in der Zwischenzeit.
Um 5,27 Uhr war diese formelle Sitzung beendet, und es schloß sich nach zehn Minuten Pause die erste nichtöffentliche Sitzung an.

Die Beurteilung des Konferenzbeginns in Berlin.

Berlin, 4. Januar.
Der Verlauf des ersten Tages der zweiten Haager Konferenz wird in Berliner politischen Kreisen recht günstig beurteilt. Die Aufgabe für gestern bestand darin, die Aufnahme mit den anderen Delegationen herzustellen und die Konferenz zu installieren. Das ist geschehen. Man hat in Berlin den Eindruck, daß es der deutschen Delegation gelungen ist, diese Forderung bereits ziemlich weit auszubauen.
Organisatorisch liegt das Ergebnis des ersten Tages bei beiden Komitees. Das Komitee für die deutschen Reparationsfragen hat seine erste Sitzung unter dem Vorsitz von Jajpar auch bereits abgehalten und einen Finanzausschuß der Experten gebildet. In der Sitzung dieses Komitees gab es gleich ein interessantes Intermezzo: Der polnische Delegierte verlangte die Deposition des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens bei der Haager Konferenz, und zwar im Zusammenhang mit dem Youngplan. Die Polen legen Wert darauf, jenseits dem Liquidationsabkommen und dem Youngplan eine rechtliche Verbindung herzustellen. Reichsaussenminister Dr. Curtius machte den polnischen Vertreter aber darauf aufmerksam, daß das deutsch-polnische Abkommen kein rechtliches Element des Youngplans darstellt, sondern daß es seine Rechtswirkung in sich selbst trägt.

Tamit war der polnische Vorschlag abgewehrt. Die Deposition des Abkommens erfolgt zwar entsprechend den Empfehlungen zum Youngplan im Haag, jedoch ohne Rechtsbindung mit dem Youngplan.

Die Feststellung des Reichsaussenministers ist übrigens nach Ansicht Berliner politischer Kreise auch für die spätere parlamentarische Erledigung des Liquidationsabkommens von Bedeutung. Bei der Einsetzung der Expertenkommission für die Finanzfrage erhob der rumänische Vertreter Titulescu Einspruch dagegen, daß dieser Ausschuss nur von den sechs einladenden Mächten gebildet werden sollte. Er verlangte die Zulassung auch der kleinen Gläubiger, die ein besonderes Interesse an der Klärung hätten. Der Vorsitzende Jajpar hat diesen Einspruch aber damit abgewogen, daß den kleinen Mächten versprochen wurde, man werde ihnen den Bericht des Expertenkomitees zuweisen, bevor er an das Komitee gelangt.
Im ganzen läßt sich nach dem Urteil Berliner politischer Kreise feststellen, daß die Konferenz gestern im Organisatorischen bereits fast vorwärts gekommen ist, so daß die Verhandlungen heute in die sachliche Materie eintreten können.

Konferenz des Organisationsausschusses für die internationale Bank.

Paris, 4. Januar.
Wie der Sonderberichterstatter des „Temps“ aus dem Haag meldet, sei es möglich, daß vor Eröffnung der Konferenz im Haag und zwar nicht in dieser Stadt, eine Zusammenkunft des

Organisationsausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich stattfinden werde. Auf alle Fälle werde der Vorsitzende der Haager Konferenz, der amerikanische Bankier Reynolds, den Vorsitz auf dieser Konferenz führen. Er habe New York bereits an Bord der „Berengaria“ verlassen.
Nach einer Meldung der Agentur Havas aus dem Haag wird diese Konferenz am 12. Januar im Haag stattfinden.

„Ratin“ über den Verzicht auf Sanktionen.

Paris, 4. Januar.
Über die Stellungnahme der französischen Delegation zur Sanktionsfrage äußert sich der Sonderberichterstatter des „Ratin“ im Haag: Im neuen Reparationsplan kann es keine Zwangsmaßnahmen mehr geben. Die Deutschen sind Schuldner im Sinne des gewöhnlichen Rechts. Wenn sie nicht zahlen, werden gewisse Organe des Reichslands Zahlungsfähigkeit entscheiden müssen. Ein zweijähriges Moratorium ist vorzuziehen und von vornherein ist ein Schiedsgerichtsverfahren festgelegt. Aber in einem Punkte hören die Deutschen auf. Schuldner im Sinne des gewöhnlichen Rechts zu sein, nämlich dann, wenn man sie nicht zahlen kann. Man möge sich einmal vorstellen, daß man alle Mittel erschöpft habe, und Deutschland dennoch angehalten der Forderung vor einer Verjährung des nationalen Rechts die Politik betreibe, die von den Anhängern Hugenberg empfohlen wird, und alle Zahlungen kurzerhand verweigere. In diesem Falle würde die öffentliche Meinung und würden auch die Parlamente in den Gläubigerländern es nicht zulassen, daß man untätig bleibt und auf jede Sanktionsmaßnahme verzichtet. Was die Frage des Frankreich in diesem Falle darüber entscheiden werde, ist zu erwidern: Obwohl der Wortlaut des Versailles Vertrags in aller Bestimmtheit Sanktionen gestattet, ist daran zu erinnern, daß Frankreich von vornherein das Haager Schiedsgerichtsverfahren angenommen hat. Dem entsprechend werde es diesen Gericht den Streitfall unterbreiten — es sei denn, daß man sich auf ein anderes Schiedsgerichtsverfahren einigt. Man kann nicht leugnen, daß die französische Regierung mit der Annahme beratiger Formeln bis an die äußerste Grenze der Konzessionen gegangen ist und so kann man auch nicht einen einzigen Augenblick zweifeln, daß die deutschen Minister sich damit zufrieden geben dürfen.

Vizeadmiral a. D. v. Raibahn †.

München, 4. Januar.
Der Vizeadmiral a. D. und Marineattaché in Wien Kurt Frhr. v. Raibahn ist in Sölding am Stattdorger See kurz nach Vollendung des 81. Lebensjahres gestorben.

Ber zahlt die Phosgen-Gaschäden?

Die das „Berliner Tageblatt“ aus Hamburg meldet, ist in dem großen seit 1 1/2 Jahren vor den Hamburger Reichsgerichtshöfen anhängenden Phosgenprozess eine neue Wendung eingetreten, in dem der Hamburger Staat dem Besitzer des chemischen Fabrik Dr. Stoltenberg mitteilt, falls er den großen Entschädigungsprozess verlieren sollte, er die Firma Stoltenberg regreßpflichtig machen müsse. In dem Betrieb dieser Fabrik ereignete sich bekanntlich das verhängnisvolle Explosionsunglück vom 20. Mai 1928. Danach steht also die hamburgische Behörde jetzt auf dem Standpunkt, daß die letzte Verantwortung für die damalige Gasigastastrophe die genannte Fabrik zu tragen hat.

Einberufung des Reichsparteivorstandes des Zentrums.

Berlin, 4. Januar.
Der Reichsparteivorstand der Deutschen Zentrumspartei ist vom Parteivorstandenden Prälaten Dr. Kaas, zum 26. Januar nach Berlin einberufen worden. Es handelt sich neben einer Besprechung der allgemeinen politischen Lage vor allem um organisatorische Fragen. Der Reichsparteiausschuss soll Anfang Februar zusammentreten.

Berlins Finanzlage und Sparmaßnahmen.

Berlin, 4. Januar.
In einer Pressebesprechung im Rathaus gab Bürgermeister Schöly ein Bild von der gegenwärtigen Finanzlage Berlins und betonte, daß die Regelung in der Zentralverwaltung sich sowohl nach der materiellen als auch nach der formalen Seite vollkommen glatt vollziehen werde. Er habe dem Oberpräsidenten einen vorläufigen Bericht erstattet und werde ihm einen endgültigen am 8. oder 9. Januar vorlegen. Die Kontrollstelle sei dann damit formell für die Zentralverwaltung aufgehoben, materiell werde sich aber natürlich an den Sparmaßnahmen wenig ändern lassen. Es sei keineswegs zutreffend, daß der gesamte Wohnungsbau eingestellt werden solle. Die Fertigstellung der Untergrund- und Hochbahnbauten würde 45 bis 50 Millionen erfordern. Sie müßten schon aus rein technischen Gründen vollendet werden. Stadtmitteln lange erlöste, man wolle auch an der Städtischen Oper nach Möglichkeit sparen. Die Sparmaßnahmen sollen insbesondere auf die Gehälter der Staatsbediensteten abzielen.

Die Schmähschrift der Stadt Dinant.

Berlin, 4. Januar.
Die Christlich-Nationale Arbeitergemeinschaft hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, der Verunglimpfung des deutschen Heeres und damit des deutschen Volkes durch die Schmähschrift der Stadt Dinant, das Märchen von den Franzosen von Dinant, mit allen Mitteln entgegenzutreten und alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Wahrung der Ehre des deutschen Heeres und des deutschen Volkes notwendig sind.

Verhaftung der tschechoslowakischen Grenzwächter.

Warschau, 4. Januar. Im Rahmen eines großartigen Verhaftungsplanes der tschechoslowakischen Grenzschutzorgane verhaftet jetzt die tschechoslowakische Regierung eine Anzahl von 850 Millionen Kronen anzahlreichen, um daraus die Verhaftung der tschechoslowakischen Grenzwächter zu finanzieren. Diese Aktion ist wirtschaftlich und politisch von größter Bedeutung. Fast 80 Proz. der Grenzwächter befinden sich in den Händen des Großgrundbesitzes. Für die tschechoslowakische Verhaftung des landwirtschaftlichen Bodens eine neue Gefahr, da ihnen jetzt auch der noch verbliebene Waldbestand genommen werden soll.

Unfähigkeitserklärung der Bezirkslandtagswahlen im Kreis Briesen.

Warschau, 4. Januar.
Wie Gyreg Potany aus Bromberg meldet, sind im Kreis Briesen alle deutschen Wähler für die Wahlen zum vorigen Bezirkslandtag für unfähig erklärt worden mit der Begründung, daß einige Kandidaten keine Prüfung in der polnischen Sprache abgelegt haben. Die deutschen deutschen Organisationen haben daraufhin ihre Mitglieder aufgefordert, sich bei der Wahl der Stimme zu enthalten.